

Calmer Tagblatt

Nr. 264.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Hg. Resten 2.— RT. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 8.

Donnerstag, den 11. November 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mt. 12.00 mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur Lage.

In den letzten Wochen haben wir tagtäglich Gelegenheit gehabt, Meldungen aus englischer und französischer Quelle über die „Wiedergutmachungs“- auf deutsch Ausbeutungs-Frage zu bringen. Die Engländer meldeten, die Regelung der Angelegenheit scheitere an dem Verhalten Frankreichs, das die Deutschen an den Beratungen und Beschlüssen nicht zulassen wolle, ehe die Alliierten einig seien über die Höhe der Forderungen. Das würde also bedeuten, daß man in Brüssel oder Genf, — oder an welchem „neutralen“ Ort sonst diese verehrliche Genossenschaft zur Erhaltung geraubter Länder und Ausbeutung und Knebelung anderer Völker ihre saubere Zusammenkunft abhalten will — ebenso wie in Spa die Bedingungen ohne Rücksicht auf unsere wirtschaftliche Notlage diktiert werden will. Die Engländer tun so, als ob sie diese französischen Absichten nicht unterstützen wollten, aber nach den neuesten Nachrichten ist nun doch durch persönliche Aussprache zwischen London und Paris, anscheinend unter Vermittlung Belgiens, eine Einigung zustande gekommen, wonach die „Leistungsfähigkeit“ Deutschlands geprüft werden soll. Der Friedensvertrag und Spa kennzeichnen zur Genüge, den Charakter solcher „Prüfungen“ über Deutschlands Wirtschaftskraft. Wir werden eben weiter ausgebeutet — und im Zusammenhang damit auch ausgehungert werden. Sogar feindliche Blätter können sich heute nicht mehr dem Eindruck entziehen, daß es den Anschein hat, als wolle die Entente systematisch nicht nur die deutsche Bevölkerung zur Massenauswanderung zwingen, sondern auch unsere zukünftige Generation schädigen, indem sie vermittelst der Valutapolitik und der wirtschaftlichen Forderungen (Milchläche, Kohlen usw.) schon die physischen Existenzbedingungen unseres Nachwuchses systematisch zu untergraben sucht. Welchen Deutschen, der noch einen Tropfen völkischen Gefühls verspürt, überfällt es nicht mit unsäglichem Weh, wenn er in den Großstädten die „Auswandererzeitung“ ausrufen hört, wie andere Tageszeitungen, wenn er hört, wie die Tuberkulose unter unserer Jugend massenhaft wüthet, wenn er hört, wie unsere Schuljugend unter der Folge der Unterernährung immer weniger aufnahmefähig wird. Und das deutsche Volk, seine „öffentliche Meinung“ sie sind stumm, apathisch geworden, oder vielmehr es liegt nicht im deutschen Charakter durch dauernde Klagen oder moralische Entrüstungsschreie das sog. Weltgewissen zu wecken und wachzuhalten. Die Franzosen oder die Engländer und Amerikaner hätten schon längst die ganze Welt mit ihrem Gewinn verjagt, wenn sie mit einer solchen, selbst dem niedersten menschlichen Kulturstand noch höhnlichprechenden Brutalität auch nur kurze Zeit behandelt worden wären. Und das deutsche Volk leidet nun schon 2 Jahre nach dem Waffenstillstand und mindestens 4 Jahre nach Kriegsbeginn unter diesen Qualen. Aber lieber bekämpft man sich im Innern bis aufs Messer, als sich gegen die wahren Feinde unseres Volkstums endlich zusammenzuschließen, und ihnen mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß es nun der Gewalttaten, Auspressung und Drohung genug sein müsse.

Wir haben bekanntlich von Anfang an betont, daß es völlig falsch wäre, von irgend einem der Alliierten ein Eintreten für Deutschland zu erwarten. Und wenn noch so rühmliche Briefe aus Deutschland in den radikal-liberalen englischen Blättern stehen, und die gesamte englische Universitätsprofessorenschaft ihren deutschen Kollegen die Bruderhand wieder reichen will, so wird England doch im geheimen seine deutschfeindliche Politik weiter betreiben, und ebenso Amerika, das doch Deutschland nur hat vernichten helfen, um auf dem gesamten amerikanischen Kontinent und in Asien freie Hand zu bekommen. Wenn heute Rußland wieder staatlich, militärisch und wirtschaftlich konsolidiert würde, und wir wollten, — wie es unser gutes Recht ist, — uns näher an Rußland anschließen, so würde in der angelsächsischen Presse ein Geheul einsetzen vom deutschen Militarismus, schärfer wie je. Und wie stets denn mit der Abrüstung der Entente, nachdem man doch das „einzige“ Ziel, nämlich die „Zertrümmerung des preußischen Militarismus“ erreicht hat? Frankreich behält vorläufig noch auf 2 Jahre die — dreijährige Dienstzeit bei, und hält sich noch auf Kosten Deutschlands auf der größten der Welt sein muß, außerdem spricht Wilson wie auch das englische Unterhaus dauernd von einem künftigen Kriege, den man ganz sicher nicht gegen die Marsbewohner führen will, und der „Völkerbund“ ist und bleibt eine ausgesprochene Ententeorganisation, in der die Neutralen, die ihre Absichten durchschauen; eben „mit den Wölfen heulen“, die andern aber ihren Profit suchen. Auch die Heine Entente ist lediglich zum

Zweck der Erhaltung ihres Raubs, namentlich aber der deutsch-völkischen Provinzen und des ehemaligen russischen Besitzes gegründet worden. Wir sehen also, mit pazifistischen und internationalen Verständigungsbemühungen stehen wir heute noch — und wohl noch lange — allein in weiter Flur. O. S.

Der Krieg im Osten.

Die Zustände in Sowjetrußland.

Kopenhagen, 10. Nov. „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsinki: Die neuesten hier eingetroffenen russischen Zeitungen teilen mit, daß in Kronstadt an Bord des Kreuzers „Gromoboy“ eine Meuterei ausgebrochen sei. Die Besatzung habe alle bolschewistischen Offiziere ermordet und darauf das Schiff im Hafen versenkt.

London, 10. Nov. „Daily Telegraph“ meldet, daß die Moskauer Sowjetregierung die Mitglieder der amerikanischen Vereinigung zur Unterstützung von Israeliten verhaften ließ.

Berlin, 11. Nov. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Memel berichtet wird, wurde etwa 120 aus Amerika ausgewiesenen Bolschewisten bei ihrer Ankunft in Libau von dem Sowjetkommissar bedeutet, daß sie sich vor der Weiterfahrt durch Unterschrift verpflichten müßten, in ein russisches Arbeitsbataillon einzutreten. Der bemittelte Teil der Ausgewiesenen zog es vor, über Danzig nach der Ukraine weiter zu fahren, während die Unbemittelten sich zum Eintritt in die Arbeitsbataillone verpflichteten.

Der 3. Jahrestag der Sowjetrepublik.

Paris, 10. Nov. (Havas.) Nach einem Funkpruch aus Moskau ist der dritte Jahrestag der Sowjetrepublik in ganz Rußland feierlichst begangen worden. Die Sowjetmitglieder von Moskau hielten im großen Stadttheater Ansprachen. Lenin beglückwünschte den Heroismus der russischen Arbeiter, der es ermöglicht habe, daß die Revolution während dreier Jahre lebend und alle Schwierigkeiten überwinden konnte.

Polens Einverständnis mit Seligowski.

Kowno, 10. Nov. Die „Lit. Teleg.-Ag.“ meldet: Polnische Zeitungen zufolge hat die Regierung Seligowski beschloffen, in kürzester Zeit im besetzten Litauen die Bodenreform durchzuführen, um ihre Soldaten mit Land zu versorgen. Die Warschauer Zeitungen verlangen litauischen Boden auch für die andern polnischen Truppen. Aus Warschau sind in Wilna 35 Waggons mit Munition, Lebensmitteln und Kleidungsstücken für die Seligowski-Truppen eingetroffen. 20 Millionen polnische Mark sind für die Volksabstimmung in Wilna von Warschau überwiesen worden. Am 2. November wurden in Wilna alle Rekruten der letzten acht Jahrgänge einberufen. Am 3. November wurde in Wilna die Diktatur Seligowskis proklamiert. Nach einer Zahlung der von den Litauern gemachten Kriegsgefangenen aus dem Heere Seligowskis wurde festgestellt, daß nur 8 Prozent aus dem besetzten Litauen stammen, 92 Prozent aus Polen. — Dabei behaupten die Polen dem „Völkerbund“ gegenüber, daß sie Seligowski gar nichts angehe.

Die türkisch-armenischen Kämpfe.

(W.B.) Konstantinopel, 10. Nov. Die Ueberreste der armenischen Armee ziehen sich gegen Kowo Bagazid zurück. Die armenische Regierung hat um Frieden gebeten, aber der Führer der Truppen, Kemal Pascha, verlangt die vorherige Auslieferung aller Waffen. Die Sowjetbehörden haben der georgischen Republik ein Ultimatum übermittelt, indem der sofortige Abbruch der Besprechungen mit General Wrangel verlangt wird.

Die Engländer in Mesopotamien.

London, 11. Nov. Ein amtliches Communiqué des Kriegsdarstellungsdepartements besagt, daß die Führer der Aufständischen und die Mehrzahl der wichtigsten Stämme am Euphrat am 4. November bedingungslos kapituliert haben.

Zur äußeren Lage.

Eine „Erklärung“

des französisch-belgischen Militärabkommens.
Paris, 11. Nov. Die Agence Havas“ veröffentlichte gestern Abend ein Schreiben, das der Generalsekretär des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Philipp Berthelot, gemeinschaftlich mit dem belgischen Ministerpräsidenten Delacroix an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet hat. In dem Schreiben wird mitgeteilt, daß der belgische und der französische Generalstab gemeinsam eine Anzahl militärischer Maßnahmen verabredet haben im Falle eines neuen Angriffs gegen Belgien und Frankreich. Unter Hinweis auf Artikel 18 des Völkerbundsstatuts wird die zwischen der belgischen und der französischen Re-

gierung ausgetauschte Korrespondenz vorgelegt, und die Versicherung gegeben, daß es sich um ein Defensiv-Abkommen handele, das nur dann in die Erscheinung trete, wenn ein nichtprovokierter Angriff vorliege. Sein Ziel sei, die Friedens- und Sicherheitsgarantie, die sich aus dem Völkerbundsstatut ergebe, zu stärken. — Daß es sich lediglich um ein — Verteidigungsabkommen handelt, geht schon aus den Ansprüchen Belgiens auf die Scheldebündung und den französischen Absichten auf das Ruhrgebiet u. a. hervor.

Stoßung in den italienisch-jugoslawischen Verhandlungen.

Rom, 10. Nov. Die Ag. Stefani vernimmt aus Santa Margherita (Ligurien), daß die für heute Morgen beabsichtigte Zusammenkunft nicht stattfand, da die italienische Delegation es für geboten hielt, erst die wichtigsten Punkte hinsichtlich der Festsetzung der Grenze in den Julischen Alpen und der Stellung von Triume kurz zusammenzufassen. Die jugoslawische Delegation hielt darauf, daß diese Frage mit der italienischen Delegation gemeinsam geprüft werde. Die beiden Delegationen trafen heute Nachmittag zusammen. Graf Sforza und Kriegsminister Bonomi empfingen die Vertreter der jugoslawischen Presse. Die italienischen Blätter sprechen in diesem Zusammenhang von einer Unterbrechung der Konferenz, die eine Ueberraschung ausgelöst habe. Der Sonderkorrespondent des „Secolo“ anerkennt, daß die Unterbrechung der Verhandlungen, die von der jugoslawischen Delegation gewünscht wurde, um sich über die italienischen Vorschläge klar zu werden, berechtigt sei. Er hebt hervor, daß Trumbitsch bei den letzten Besprechungen mit großer Freimütigkeit gesprochen habe, ohne sich indessen unerbittlich zu zeigen. Auch Sforza und Bonomi legten in den Verhandlungen große Würde, Aufrichtigkeit und Weitsichtigkeit an den Tag. Es sei also zu hoffen, daß die Verhandlungen zu einer Lösung führen. „Popolo d'Italia“ sagt: So vorteilhaft es auch wäre, zu einem freundschaftlichen Uebereinkommen zu gelangen, so wird die italienische Regierung doch, falls die Verhandlungen nicht zu einem abschließenden Ergebnis führen, sofort zur Annetktion Jugoslawiens und zur Regelung der dalmatischen Frage schreiten müssen. Die gegenwärtig für Italien so nachteilige Lage darf sich nicht weiter in die Länge ziehen.

Ungarn

gegen die Unterzeichnung seines Todesurteils.

Mailand, 10. Nov. Der „Secolo“ meldet, daß Giolitti im gestrigen Ministerrat mitteilte, daß die alliierten Mächte an die ungarische Regierung wegen ihrer unsicheren Haltung ein Ultimatum richten werden, in welchem die Ratifikation des Vertrags vom Trianon bis zum 15. November verlangt werde. Giolitti fügte hinzu, daß die Budapest Regierung sich vielleicht übertriebenen Hoffnungen hingeeben habe im Vertrauen auf die Freundschaft einiger Diplomaten der Westmächte, auf welche stützt sie eine wesentliche Milderung des Vertrags erhoffe.

Der türkische Widerstand

gegen die Vernichtungspolitik der Alliierten.

Konstantinopel, 10. Nov. (Havas.) Da die türkische Regierung die Erfüllung gewisser Verpflichtungen den Alliierten gegenüber immer noch hinauszögert, so insbesondere die Ratifizierung des Vertrags von Sevres, soll der finanziellen Hilfe für die Türkei eine gewisse Einschränkung auferlegt werden. Sollte diese Maßnahme zu keinem Ergebnis führen, so ist die Uebermittlung eines Ultimatus in Aussicht genommen.

Deutschland.

Die gefürchtete deutsche Feuerwehr.

* Eine ergötliche Geschichte, die aber buchstäblich wahr ist, wird aus dem besetzten Gebiet gemeldet: Als die Feuerweh in Neuß eines dort ausgebrochenen Großfeuers nicht Herr zu werden vermochte, telegraphierte sie nach Düsseldorf, von wo man sogleich einen Motorlöschzug anrücken ließ. Als er die Rheinbrücke passierte, begab sich folgendes: Die belgische Brückenbesatzung warf die Gewehre weg und stand, einschließlich des befehls habenden Offiziers, mit „Hände hoch!“ bildsäulenartig, fassungslos da — und ganz Düsseldorf lacht, lacht in dem Bewußtsein, daß selbst die feindlichen, auf deutschem Boden inmitten eines entkräfteten und wehrlos gemachten Volkes stehenden Armeen immer noch von der alten Angst vor deutscher Wehrhaftigkeit erfüllt sind und daß nur die deutsche Feuerwehr ausrücken braucht, um die Feinde das Hafenpanier ergreifen zu lassen. Gegen die deutschen Zeitungen im besetzten Gebiet, die diesen Vorgang berichteten, wurde natürlich drakonische Maßnahme angewandt. Der Kommandant von Neuß aber erhielt

Seine Abwandsorber, der Bräudenoffizier wurde degradiert und 26 Mann wurden schwer bestraft.

Der deutsche Metzgereibund gegen die Auslieferung der Milchkuhe.

Berlin, 11. Nov. Der deutsche Metzgereibund erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk, in dem er auf das unsagbare Elend hinweist, das die Ausführung der neuen Ententeforderung auf Auslieferung Hunderttausender deutscher Milchkuhe besonders für die Kinder verursachen werde. Unsere Säuglinge und stillenden Mütter, unsere Greise können wir nicht mehr ernähren. Wie ein Mann müßten alle Volksgenossen gegen die ungeheure Gefahr aufstehen.

Zum Berliner Elektrizitätsarbeiterstreik.

Berlin, 11. Nov. Die Funktionäre der streikenden Elektrizitätsarbeiter haben gestern in einer Versammlung, nachdem der Verband der Maschinisten und Heizer zum Streikabbruch geraten hat, beschlossen, erneut eine Urabstimmung vornehmen zu lassen, die heute Vormittag stattfinden wird. Mehrere Morgenblätter zufolge wird sich der Reichstag mit dem Berliner Elektrizitätsstreik beschäftigen. Bei der Haushaltsberatung sollen die Frage der obligatorischen Schlichtungsausschüsse und des Schutzes der Arbeitswilligen und die Frage des Schutzes gegen kommunistische Gewaltmaßnahmen erörtert werden. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berliner Lokalanzeigers“ gab der preußische Minister des Innern, Severing, seiner Befriedigung über das Ultimatum des Berliner Magistrats an die streikenden Elektrizitätsarbeiter Ausdruck. Das erhebe vorläufig die Reichsregierung wie die preußische Regierung der unangenehmen Aufgabe, in die Selbstverwaltung der Städte durch die Verordnung des Reichspräsidenten einzugreifen. Sollte wider Erwarten die erneute Urabstimmung der Streikenden für die Fortführung des Streiks ausfallen, so würde die von der Reichs- und der preußischen Staatsregierung vorbereitete Aktion unverzüglich in Wirksamkeit treten. Zu diesem Zweck werde sofort ein Streikkommissar ernannt werden, der mit der Ausführung der von dem Reichspräsidenten erlassenen Verordnung beauftragt werden würde. Für Groß-Berlin würde ihm der Polizeipräsident Richter zur Seite gegeben werden. Die Berliner Gewerkschaftskommission protestiert in einer Erklärung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, da sie gegen das in der Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht einer Gruppe der Arbeiterschaft verstoße. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission hat im Verein mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gestern bei der Reichsregierung Schritte gegen die Verordnung unternommen. Die sozialdemokratischen Parteien werden aufgefordert, von der Regierung die sofortige Aufhebung der Verordnung zu verlangen.

(W.B.) Berlin, 10. Nov. Der Magistrat fordert die Arbeiter und Angestellten der städt. Elektrizitätswerke auf, ihren Dienst bis spätestens Donnerstag nachmittag 2 Uhr aufzunehmen, widrigenfalls sie sich mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten hätten. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, die bei der Durchführung des Streiks Maschinenanlagen oder Einrichtungen sabotierten oder an der Sabotierung mitgewirkt haben, werden entlassen. Arbeiter und Angestellte, gegen welche Tatsachen vorliegen, aus denen auf solche Verfehlungen zu schließen ist, werden bis zur endgültigen Feststellung ihrer Schuld unter Bezahlung ihrer Bezüge vom Dienste suspendiert.

Die Verfolgung der Deutschen in den an Polen abgetretenen Gebieten.

Berlin, 8. Nov. Von den in Bromberg Verhafteten sind bisher wieder freigelassen: der Fürsorgekommissar Rechtsanwält Debed, Sanitätsrat Dr. Dieh, Direktor Dr. Zahn, Vorstandsmittglied der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen, Direktor der Treuhandgesellschaft Kuhlwein, Herr Pölzel vom früheren Bund der Landwirte und Kunstschriftsteller Meißner. In Haft befinden sich gegenwärtig noch der Leiter der deutschen Vereinigung, Sebäbe, der Geschäftsführer des Verbands deutscher Handwerker, Dobbertmann, Studentrat Heibelod und Buchhalter bei der Deutschen Volksbank, Wumental. Ueber die Angelegenheit finden weitere Verhandlungen statt.

Bayern und die Einwohnerwehren.

München, 11. Nov. Im Anschluß an die Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr erklärte Abg. Spel (Bay. B.-V.) bei Besprechung des Bamberger Programms, daß seine Partei sich gegen alle Verhätigungen gegenüber diesem Programm verwehre. Frankreich werde an seinem Bestreben, das Ruhrgebiet zu besetzen, festhalten, ohne Rücksicht darauf, ob wir in Bayern entwaffnen oder nicht. Wir können auch die Einwohnerwehren als Selbstschutz nicht vernichten, solange die Ruhrgefahr von links besteht und das Reich uns nicht zu schützen vermag. Abg. Dill (Soz.) wandte sich gegen das Bamberger Programm, das er wegen seiner Forderung des Rechts der einzelnen Länder, ihre Staatsform selbst zu bestimmen, für gefährlich erklärte. Die Sozialdemokratie Bayerns sei für die geschlossene feste Reichseinheit und verleihe unter Unitarismus lediglich, daß die große Politik einheitlich vom Reich gemacht werde. Wenn Bayern die Entwaffnung nicht durchführen werde, werde der Entente für die Befestigung des Ruhrgebiets ein Rechtsmittel gegeben. Die Verantwortung dafür treffe dann die, die der Entente die Möglichkeit zu Repressalien gegeben hätten. — Das Bamberger Programm steht eine starke unabhängige Stellung Bayerns im Reich vor.

Riesenbetrug.

München, 9. Nov. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags befahte sich heute mit dem Gesuch des Justizministeriums um Genehmigung zur Einleitung der Strafverfolgung gegen den Bauernbund-Abgeordneten Gandorfer wegen Untreue. Es wurde nachgewiesen, daß bei dem im Dezember 1918 vom Landesbauernrat durchgeführten Pferdeversicherungen ein erheblicher Teil der in bar eingegangenen Gelde nachträglich in Kriegsanleihe umgetauscht und der infolge des niedrigen Kurs-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Ausschreibung der Maul- und Klauenseuche. Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöfte des: 1. Schultzeißen Wurster in Oberweiler (Gde. Achthalben), 2. Schuhmacher Fenschel in Oberollwangen. Auf Grund des Viehhängengesetzes und der §§ 182 bis 192 der MinVerfügung hiesig vom 11. Juli 1912 (RegBl. S. 317 ff.) ergehen folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: in Oberweiler das verzeuhte Gehöfte, in Oberollwangen desgl. und der Farrenstall, sowie sämtliche Gehöfte vom Farrenstall an gegen Neuweiler zu.

B. Beobachtungsgebiet: bei Oberweiler der übrige Teil der Teilgemeinde, sowie Achthalben, bei Oberollwangen der nicht unter A fallende Teil der Gemeinde Oberollwangen und Breitenberg.

C. In den Umkreis von 15 Kilometern um den Seuchenort werden einbezogen die übrigen Gemeinden des Oberamtsbezirks und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:

1. im Oberamt Nagold wie bei dem Seuchenfall in Achthalben;
2. im Oberamt Herrenberg desgl.;
3. im Oberamt Böblingen desgl.;
4. im Oberamt Leonberg desgl.;
5. im Oberamt Neuenbürg desgl.;
6. im Bezirksamt Pforzheim desgl.

Für die unter A bis C fallenden Bezirke gelten die gleichen Maßregeln, die anlässlich der schon früher bekannt gemachten Seuchenausbrüche im Calwer Tagblatt bekannt gemacht wurden.

Die Ortspolizeibehörden werden ersucht, die für ihre Gemeindebezirke zutreffenden Maßregeln in ordnungsgemäßer Weise bekanntzugeben und die Einhaltung streng überwachen zu lassen. An den Haupteingängen des Sperrbezirks und des Beobachtungsgebietes sind Tafeln mit der durch § 185 Abs. 2 bezw. § 189 Abs. 2 vorgeschriebenen Aufschrift leicht sichtbar anzubringen. Calw, den 9. November 1920. Oberamt: G. S.

standes, erzielte Ueberschuß von etwa 200 000 Mk. zurückbehalten wurde. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft besteht der begründete Verdacht, daß Gandorfer als Vorsitzender des Bauernrats erheblich an diesen Veruntreuungen von Staatsgeldern beteiligt war. Nach dem Beschluß des Ausschusses wird die Strafverfolgung eingeleitet werden. Die heutige Vollziehung des Landtags genehmigte ebenfalls die Strafverfolgung des Abg. Gandorfer wegen Veruntreuung von Staatsgeldern. Aus dem Schreiben des Justizministeriums geht noch hervor, daß nach Mitteilung der Erfassungsstelle für Heeresgut Gandorfer vor einigen Wochen bei einer Sitzung im Landwirtschaftsministerium zugegeben hat, daß 960 000 Mark durch Hineinschieben von Kriegsanleihe in die Vorkasse von Pferdeversicherungen erzielt worden waren. Diese Summe sei auf Anforderung von Eisner und Genossen für die Finanzierung der Revolution verwandt worden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. November 1920.

Theatervorstellung.

* Wir möchten nochmals auf die heute abend stattfindende Aufführung des flotten Schwanks „Großstadtlust“ durch Mitglieder der Bürgergesellschaft hinweisen. Den Besuchern wird nicht nur ein genussreicher, fröhlicher Abend gewährleistet, sie haben dabei auch Gelegenheit, durch ihren Besuch zur Unterstützung einer Wohlfahrtsinstitution, der Kleinkinderschule, beizutragen.

Bezirksversammlung des Vereins der Freundinnen junger Mädchen.

Der Verein der Freundinnen junger Mädchen hielt am 8. November im Gasthaus zum „Hirschen“ in Calw eine Bezirksversammlung ab. Die Bezirksleiterin d. Fr. j. M., Frau Delan Wunderlich-Mhengstelt, hatte die Versammlung einberufen. Frau Cleß-Stuttgart, die Vorsitzende des Vereins, sprach über die besonders rege Tätigkeit und die Umgestaltung desselben in den letzten Monaten; Freiin von Gaisburg gab Einblick in Zweck und Ziel der Freundinnenarbeit. Noch viel zu wenig ist es unsern Müttern und Töchtern bekannt, daß es allerorts sogen. „Freundinnen“ gibt, Frauen, denen das innere und äußere Wohl der jungen Mädchen am Herzen liegt, und die immer bereit sind, die Töchter im Heimalort selbst, aber noch viel mehr die abgewanderten Mädchen mütterlich zu beraten und zu betreuen. Der Verein der Freundinnen ist besonders in großen Städten durch seine Bahnhofsmission, Bahnhofsheim, Stellenvermittlung, Mädchen- und Jungfrauenvereine, seine nachgehende Fürsorge und Einzelberatung von größtem Segen. Mehr als je ist solche Hilfe für unsere weibliche Jugend in der jetzigen Zeit notwendig, wo Mädchenhandel und fittliche Gefahren in verstärktem Maße drohen. Die Freundin auf dem Lande hat besonders die Aufgabe, in bewahrendem, vorbeugendem Sinn an den Mädchen zu arbeiten und sie bei Abwanderung an einen anderen Ort in die Hand einer dort arbeitenden Freundin zu überweisen. Die Versammlung in Calw war sogar von Nagolder Freundinnen und solchen aus dem ganzen Bezirk sehr gut besucht. Am Schluß der Tagung wurden noch herzliche Abschieds- und Dankesworte gewechselt zwischen den Erschienenen und der leider unsern Bezirk verlassenden Bezirksleiterin, Frau Delan Wunderlich, die seit Jahren in wahrhaft vorbildlicher Weise Freundinnenarbeit getrieben hat. Ihre Nachfolgerin als Bezirksleiterin ist Frau Harzer Gutbrod-Leinach, die Lokalvorsitzerin in Calw Frau Stadtschultheiß Konz.

Unsere Gefangenen in England.

Unter diesem Stichwort wird demnächst in Stuttgart eine Ausstellung eröffnet werden, die bei ihrer Eigenart den Anspruch auf weitgehendstes Interesse erheben kann. In den von den Staatsbehörden zur Verfügung gestellten sog. Katharinenzimmern des Reibenzschlosses werden Arbeiten zur Schau gestellt und verkauft werden, die s. Zt. von den in englischer Gefangenschaft lebenden deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen angefertigt wurden. Die Gegenstände, die aus allen Teilen des Reiches und besonders von dem großen Wohlthäter unserer Gefangenen in England, Dr. K. E. Marck überlassen worden sind, zeigen die Gefangenenarbeiten in ihrer staunenswerten Entwicklung, Gegenstände, mit den primitivsten Hilfsmitteln hergestellt,

bis zu solchen, die künstlerische Vollendung erreicht haben. Der Ertrag der Ausstellung ist für ein schwäbisches Kinderheim bestimmt.

Viehzählung am 1. Dezember.

Nachdem in Württemberg schon zweimal von der Bornaahme der vorgeschriebenen Viehzählung mit Rücksicht auf die Verbreitung der Maul- und Klauenseuche abgesehen worden ist, ist es dringend notwendig, die nächste fällige Viehzählung am 1. Dezember vorzunehmen. Um aber jede Gefahr einer Verschleppung der Seuche bei Bornaahme der Zählung auszuschließen, wird die Aufnahme der Viehbestände nicht durch Zähler, die von Stall zu Stall gehen und den Viehbestand erfragen, vorgenommen, vielmehr muß jeder Viehbester seinen Viehbestand in eine Haushaltungsliste eintragen. Aufgenommen und gezählt werden Pferde, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel aller Art und Stallhasen. Die Zählung hängt nicht mehr mit der Zwangswirtschaft zusammen, hat aber dennoch große volkswirtschaftliche Bedeutung.

Erschreckende Zahlen

aus der württ. Gerichtsbarkeit.

(S.W.) Stuttgart, 9. Nov. Der Finanzausschuß des Landtags begann heute mit der Beratung des Staatshaushalts. Bei der Beratung des Justizetats wurde von sozialdemokratischer Seite die Frage des Erlasses einer allgemeinen Amnestie für politische Verbrechen aufgeworfen. Der Justizminister betonte, daß die Gerichte in ihren Urteilen geschickt werden müßten. Er müsse vor einer politischen Amnestie dringend warnen und könne eine solche nicht verantworten. Dagegen sei er bereit, im Gnadenwege von Fall zu Fall Entgegenkommen zu zeigen, doch müsse in jedem Fall zunächst die Strafe angetreten werden. Dann spiele das Verhalten des Einzelnen eine wesentliche Rolle mit. Von demokratischer Seite wurde der Standpunkt des Ministers geleitet. Ein Zentrumsredner wies darauf hin, wie in Sowjetrußland mit den politischen Sträflingen umgegangen werde. Die Staatsautorität müsse wieder zur Geltung gebracht werden. Wie hätten das freieste Wahlrecht, sobald sich jede Richtung Geltung verschaffen könne. Umso mehr seien Rutsche und Gewalttätigkeiten verwerflich. Dagegen sei es richtig, im Einzelfall bei Vorliegen von Billigkeitsgründen Gnade walten zu lassen. Dasselbe empfahl er auch dem Minister hinsichtlich der Vergehen gegen die Vorschriften der Zwangswirtschaft. Ein Redner der Bürgerpartei sprach sich ebenfalls gegen eine allgemeine Amnestie aus, während ein Vertreter der U.S.P. die Amnestie verlangte. Dieser brachte auch die Beschlagnahme des „Sozialdemokrat“ zur Sprache. Der Minister erklärte, daß die Regierung dem Blatt lange Zeit völlige Schimpffreiheit gelassen habe. In den letzten Nummern habe aber der „Sozialdemokrat“ ausnahmslos zur bewaffneten Erhebung der Arbeiterschaft aufgefordert. Diese Sprache könne und werde sich die Regierung nicht mehr gefallen lassen. Nach weiterer Debatte stellte der Abg. Kinkel den Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Landtag schnellstens eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, nach welcher eine allgemeine Amnestie für alle in Württemberg wegen politischer Delikte angeklagten oder verurteilten Personen erfolgt. Der Antrag wurde mit 11 gegen 4 sozialdemokratische Stimmen abgelehnt. — Einzelne Etatstitel fanden Beanstandungen, ohne daß besondere Anträge gestellt wurden. Der Justizminister gab bekannt, daß vom 1. Januar bis 30. September 1920 63 225 Strafsachen erstattet wurden gegen 28 287 in derselben Zeit des Jahres 1913. Die Zahl der Strafbefehle betrug im gleichen Zeitraum 29 337 gegen 3915 in der gleichen Zeit des Jahres 1913. Ein Sozialdemokrat wandte sich gegen das Entgegenkommen des Ministers bei Vergehen gegen die Vorschriften der Zwangswirtschaft, während von anderer Seite verlangt wurde, es solle von dem Recht der bedingten Begnadigung mehr Gebrauch gemacht werden. — Der Minister machte sodann auf verschiedene Anfragen hin Mitteilungen über eine teilweise Reform der Zivilprozess- und der Strafprozessordnung. Bei dem Stand der Verhältnisse in Berlin könne es sich nur um Teilreformen handeln. Die bedingte Begnadigung werde besonders bei Massendelikten angewandt, besonders wenn ganze Gemeinden hinsichtlich der Ablieferungspflicht versagt hätten. 1913 seien vom 1. Januar bis 30. September 750 Begnadigungen, 224 bedingte Begnadigungen und 225 Geldstrafen nachlässe vorgenommen, 1920 dagegen seien im selben Zeitraum vorgekommen: 3756 Begnadigungen, 2758 bedingte Begnadigungen und 870 Geldstrafen nachlässe. — Eingaben des württ. Richtervereins und des Notariatsvereins um die Schaffung neuer Stellen wurden nicht berücksichtigt, doch gab der Justizminister die Erklärung ab, daß er beim Etat für 1921 eine Anzahl neuer Stellen anfordern werde und müsse. — Ueber die Unterbringung der Gefangenen in den Untersuchungsgefängnissen und den Strafanstalten entspann sich eine längere Debatte. Alle Räumlichkeiten sind, wie der Justizminister sagte, mit Sträflingen überfüllt. Der Anfall von Verhafteten oder Gefangenen nimmt erschrecklich zu. Die Bewachung der Gefangenen stelle schwere Anforderungen an das Personal. Das Verbrechertum sei viel frecher wie früher. Der durchschnittliche Aufwand für einen Gefangenen betrage 1270,47 Mark pro Jahr, die Verpflegungskosten 520,44 Mark, das Arbeitsverdienst eines gefunden Gefangenen 792 Mark. Im übrigen wurde die Beratung des Justizetats zu Ende geführt. Nächste Sitzung: Mittwoch Vormittag 9 Uhr: Etat des Arbeits- und Ernährungsministeriums.

Ein gemeingefährliches Revolverblatt.

(S.W.) Ulm, 10. Nov. Eine Berliner Wochenzeitschrift „Freie Stimme“ veröffentlicht seit ungefähr einem Jahr schwere Angriffe gegen deutsche Offiziere, Beamte und Militärgesessliche heider Konfessionen in Bezug auf deren Tätigkeit im Felde. Bortige Woche ist nun auch ein hiesiger Kriegsgerichtsrat in einer Fortsetzung von Artikeln in der unflätigsten Weise beschrieben worden. Wer noch den übrigen Textteil des Blattes angesehen hat, der kann beurteilen, auf welcher Stufe es steht. Im „Ulmer Tagblatt“ veröffentlicht dieser Kriegsgerichtsrat eine Erklärung,

rum, wa
Vod in
leibigun
bestell
Blattes
Schmuk
noch das
aus dem
wie die
Interess

Für die
vimm

Auf
ger in
die pol
geben,
berühren
wischen

Anlä
Zeichne
glied es
sei, da
einer
regel
drückte

Sen. G

An d
hält n
während
Nagold
weils a
meinder
nach Fri
nicht au
schulrat
Tätigkei
der hiesi

Lehte

meinder
aus, de
hüfige
Schule
tigung
digerwei
führen.

Die
zu Leitu
nungsab
aufgeboh
Da
fieregefe
meinde
Gemeinde
in der d
messen w
11 169, d
und Vor
spackose
Deu

am Frei
Calw

Die
zu Leitu
nungsab
aufgeboh
Da
fieregefe
meinde
Gemeinde
in der d
messen w
11 169, d
und Vor
spackose
Deu

am Frei
Calw

Die
zu Leitu
nungsab
aufgeboh
Da
fieregefe
meinde
Gemeinde
in der d
messen w
11 169, d
und Vor
spackose
Deu

am Frei
Calw

Die
zu Leitu
nungsab
aufgeboh
Da
fieregefe
meinde
Gemeinde
in der d
messen w
11 169, d
und Vor
spackose
Deu

am Frei
Calw

Die
zu Leitu
nungsab
aufgeboh
Da
fieregefe
meinde
Gemeinde
in der d
messen w
11 169, d
und Vor
spackose
Deu

am Frei
Calw

erreicht haben. Der
des Kinderheim be-
ber.
von der Bornaime
ht auf die Verbrei-
worden ist, ist es
ählung am 1. De-
einer Verschleppung
schließen, wird die
ler, die von Stall-
gen, vorgenommen,
stand in eine Haus-
d gezählt werden
Ziegen, Geflügel
ngt nicht mehr mit
enoch große volks-

Arbeitslosigkeit.

Wirtschaft des Land-
haushaushalts. Bei
von sozialdemokra-
gemeinen Unruhe
Zustimmung be-
geschick werden
estie bringend war-
en. Dagegen sei er
ntgegenkommen zu
Strafe angetreten
Einzelnen eine We-
wutbe der Stand-
edner wies darauf
n Strählungen um-
wieder zur Geltung
abstreicht, sodas sich
Umsomehr seien
agenen sei es rich-
tighitsgründen Gnade
dem Minister hin-
der Zwangswirt-
ich ebenfalls gegen
ertrere der U.S.P.
die Beschlagnahme
nister erklärte, das
Schimpffreiheit ge-
aber der „Sozial-
bung der Arbeiter-
werde sich die Re-
erer Debatte stellte
ecium zu erziehen,
e zu unterbreiten,
e in Württemberg
urteilten Personen
sozialdemokratische
anden Beaufstan-
orden. Der Justiz-
bis 30. September
den 28. 287 in der-
Strafbefehle betrug
gleichen Zeit des
ch gegen das Ent-
die Vorschriften
er Seite verlangt
Begnabigung mehr
machte sodann auf
eine teilweise Re-
dnung. Bei dem
sich nur um Teil-
g werde besonders
in ganze Gemein-
st hätten. 1913
Begnabigungen,
fennachlässe vorge-
um vorgekommen:
igungen und 870
Richtervereins und
r Stellen wurden
die Erklärung ab,
Stellen anfordern
g der Gefangenen
Strafanstalten ent-
schleiten sind, wie
füllt. Der Anfall
hredlich zu. Die
orderungen an das
wie früher. Der
n betrage 1270,47
4 Mark, das Ar-
2 Mark. Im üb-
zu Ende geführt.
Etat des Arbeits-

zung, wonach er gegen den Vertrag in Berlin und gegen das Büro
Bod in Ulm Strafantrag wegen verächtlicher öffentlicher Be-
leidigung erhebt. Das Büro Bod hat 800 Exemplare telegraphisch
bestellt und in Ulm verbreitet. — Die Tendenz dieses Schund-
blattes ist klar, sie soll die Ehre unseres Offizierskorps in den
Schmutz ziehen. Pfui Teufel über die Deutschen, die sich heute
noch dafür hergeben. Uebrigens dürften wohl die Geldquellen,
aus denen das „Unternehmen“ finanziert wird, ebenso trübe sein
wie die Nachrichtenquellen. Ideal ist die Entente daran sicher
Interessent.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen über-
nimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.

Die Gewerbeschulfrage.

Auf die Ausführungen von Herrn Gew.-Schulrat Albin-
ger in Nr. 263 des „Calwer Tagblatts“ erwidere ich, ohne auf
die polemischen Bemerkungen in irgend einer Weise einzu-
gehen, da sie nicht zur Sache gehören, mich überhaupt nicht
berühren und nur den Kernpunkt der Angelegenheit zu ver-
wischen suchen, folgendes:

Anlässlich der Anstellung von Hrn. Kunstmalers Müller als
Zeichenlehrer an der Gewerbeschule hielt ein Gemeinderatsmit-
glied es für seine Pflicht, die Anfrage zu stellen, ob es richtig
sei, daß der Gewerbeschulvorstand auch noch an
einer auswärtigen Schule an einem Tag in der Woche
regelmäßig tätig sei. Der Vorsitzende bestritt dies und
drückte sein Befremden darüber aus, daß die Tätigkeit von
Hrn. Gew.-Schulrat Albinger in Nagold immer noch anbaure.

An diese Anfrage schloß sich eine Erörterung über die Ver-
hältnisse an der Gewerbeschule an und der Gemeinderat er-
hielt nun davon Kenntnis, daß Herr Gew.-Schulrat Albinger
während des ganzen Sommerhalbjahrs an der Gewerbeschule
in Nagold mit einem Lehrauftrag betraut und infolgedessen je-
weils am Freitag von hier abwesend gewesen sei. Der Ge-
meinderat äußerte sein lebhaftes Erstaunen darüber, daß auch
nach Friedensschluß die Tätigkeit von Hrn. Albinger in Nagold
nicht aufgehört habe, obgleich im Jahre 1919 dem Gewerbe-
schulrat mitgeteilt worden war, daß Herr Albinger mit seiner
Tätigkeit in Nagold zu Ende sei und er seinen Unterricht an
der hiesigen Schule wieder in vollem Umfange übernehme.

Lehteres ist nun auch geschehen; trotzdem sprach der Ge-
meinderat aus guten Gründen den dringenden Wunsch
aus, der Gewerbeschulvorstand möge seine ganze Kraft für die
hiesige Gewerbeschule einbringen und fernertun nur an dieser
Schule Unterricht erteilen. Eine längere auswärtige Beschäf-
tigung sei unter keinen Umständen tunlich und müsse notwen-
digerweise mit der Zeit zu Anständen und Interessenkollisionen
führen.

Dieser Standpunkt des Gemeinderats ist leicht verständlich,
wenn man bedenkt, daß Herr Albinger am Freitag, und zwar
den ganzen Tag hindurch, in Nagold tätig war und außerdem
auch am Samstag hier keinen Unterricht erteilt. Es liegt die
Möglichkeit vor, daß der Schulvorstand, wenn er ein halbes
Schuljahr an einem bestimmten Tag abwesend ist, seinen Stun-
denplan so zusammenstellt, daß dieser den Interessen der hiesigen
Schule nicht gerührt wird, sondern auch für die auswärtige
Schule zurecht ist. Die Raumfrage der Schule spielt für
die auswärtige Beschäftigung nicht die mindeste Rolle.

Dem Gemeinderat wird daher das Recht nicht bestritten
werden können, energisch für die Schule der eigenen Stadt ein-
zutreten und eine Doppeltätigkeit mit einer auswärtigen Schule
entschieden abzulehnen. Der Gewerbelehrer und zumal der
Schulvorstand ist in erster Linie für die hiesige Stadt und nicht
für Nagold angeht.

Im Verlaufe dieser Erörterungen teilte der Vorsitzende des
Gewerbeschulrats mit, daß durch die auswärtige Tätigkeit von
Herrn Albinger bei den Verhandlungen des Ortsgewerbe-
schulrats Hemmungen und unnötige Zerwürfisse sich ergeben
hätten. Dem Gewerbeschulrat war es durchaus unbekannt, daß
Herr Albinger jeweils am Freitag in Nagold beschäftigt war.
Der angezogene Erlass des Gewerbe-Oberschulrats vom 7. Mai
behandelte ausführlich die Anstellung eines Wanderhandels-
lehrers für Calw, Nagold und Altensteig und bemerkte nur
ganz gelegentlich in einem kurzen Zwischenatz, daß Herr Al-
binger in Nagold wieder tätig sei. Ueber den Umfang der
Beschäftigung, über die Art des Lehrauftrags und über den
Unterrichtstag war keine Andeutung enthalten. Eine direkte
Mitteilung an den Gewerbeschulrat lag nicht vor. Wäre dieser
nicht zu einer Äußerung über einen Wanderhandelslehrer auf-
gefordert worden, so hätte er über den Lehrauftrag an Hrn.
Albinger überhaupt nichts erfahren. Ebenjowenig hat der
Schulvorstand dem örtlichen Schulkollegium eine Mitteilung
über den Unterrichtstag gemacht, obgleich man annehmen sollte,
daß im Interesse der Ordnung und des geregelten Verkehrs
der Schulvorstand sich zu einer Anzeige verpflichtet gefühlt hätte.

Als daher vom Vorsitzenden des Gewerbeschulrats auf Frei-
tag den 30. Juli eine Sitzung anberaumt wurde, war Herr
Albinger ungehalten und gab seinem Unwillen darüber auch
schriftlichen Ausdruck. Es entwickelte sich nun zwischen dem
Schulvorstand und dem Vorsitzenden des Gewerbeschulrats ein
unerquicklicher Schriftwechsel, der dann in einer Sitzung des
Gewerbeschulrats am 8. Oktober zu erregten Auseinander-
setzungen führte.

Herr Gew.-Schulrat Albinger vertrat den Standpunkt, seine
Tätigkeit in Nagold berühre den Ortsgewerbeschulrat in keiner
Weise; seine dortige Beschäftigung sei eine rein privatamtliche
und hierüber habe er weder dem Gemeinderat noch dem Schul-
kollegium eine Mitteilung zu machen.

Der Ortsgewerbeschulrat aber hielt daran fest, daß eine
auswärtige Lehrtätigkeit seiner Beratung unterliege und jebe-
falls eine Anzeigepflicht in sich schließe, indem er
das Recht für sich in Anspruch nahm, von wichtigen Vorgängen
an der Gewerbeschule jederzeit unterrichtet zu werden. Wenn
die Tätigkeit in Nagold eine private gewesen sei, kann sich Herr
Albinger über die Anberaumung einer Sitzung auf einen Frei-
tag überhaupt nicht beschweren.

Zu diesen Meinungsverschiedenheiten kamen dann noch andre
hinzu, die in der Behandlung und Erledigung von Anträgen
des Schulvorstands ihre Ursache hatten.

Im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens zwischen
Ortsgewerbeschulrat und Schulvorstand muß aber völlige Klar-
heit über die beiderseitigen Befugnisse bestehen. Aus diesen
Gründen hat daher auch der Gemeinderat unter voller An-
erkennung der Stellungnahme des örtlichen
Schulkollegiums einstimmig beschlossen, den Gewerbe-
Oberschulrat zu ersuchen:

1. von einer länger dauernden Verwendung hiesiger Ge-
werbelehrer nach auswärtig ganz abzusehen, und
2. im Falle einer außerordentlichen Verwendung oder In-
anspruchnahme eine direkte, genau bestimmte Mitteilung
an den Ortsgewerbeschulrat gelangen zu lassen, damit
dieser unterrichtet sei und rechtzeitig Stellung nehmen
könne.

Gemeinderat und Gewerbeschulrat haben bisher der Ge-
werbeschule jede Förderung angebahnt und keine Kosten
geschont, der Schule auch zu einem neuen, würdigen Heim zu
verhelfen. Eben deshalb muß aber auch die Forderung er-
hoben werden, daß die an der Schule angestellten Lehrer ihre
ganze Unterrichtstätigkeit nur hiesigen Schulen zugute kommen
lassen.

Der Vorsitzende des Gewerbeschulrats:
Oberpräzeptor Bauehle.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der U. B. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

NIVEA

Die Ärzte empfehlen als Hausmittel gegen rote
Hände, spröde, rissige Haut, bei kleinen Ver-
letzungen, Brandwunden, leichten Ausschlägen
und Entzündungen wegen ihrer kühlenden und
heilenden Wirkung Nivea-Creme.

In Blechdosen und Tuben zu haben in den Apotheken
und Drogeriehandlungen.

Anforderung zur Entrichtung von Gemeindesteuern.

Die Grundstücksbesitzer und Gewerbetreibenden werden
zu Leistung von Abschlagszahlungen auf die für das Rech-
nungsjahr 1920 zu entrichtenden Gemeindesteuern hiemit
aufgefordert.

Da wegen der bevorstehenden Aenderung des Landes-
steuergesetzes und wegen des erhöhten Geldbedarfs der Ge-
meinde selbst mit einer nicht unbedeutenden Erhöhung der
Gemeindeumlage zu rechnen ist, wollen die Abschlagszahlungen
in der doppelten Höhe des Gesamtsteuerbetrags 1919 be-
messsen werden. Zahlung kann auf Postsparkonto Stuttgart
11169, das Konto bei der Kreditbank Calw oder Spar-
und Vorsparbank und bei der Girokasse der Oberamts-
sparkasse Calw erfolgen.

Den 11. November 1920.

Stadtpflege: Frey.

Pferchverkauf.

am Freitag, den 12. November 1920, vorm. 9 Uhr.
Calw, den 10. November 1920.

Stadtpflege: Frey.

Liebelsberg.

Das sogenannte Pflasterle

bei der Pumpstation des Wasserwerksverbandes Liebelsberg
ist vom 15. bis 18. diesen Monats infolge Grabarbeiten für
jeden Verkehr

gesperrt.

Den 9. November 1920.

Schultheißenamt.

Calw.

Bringe am Samstag, den 13. ds. Mts.,
im Gasthof zum „Köhl“ einen großen Transport
Oberländ. Milch- u. Läufer-



Schweine

zum Verkauf.
Die Tiere sind aus seuchenfreier Gegend.
Kaufliebhaber ladet freundlich ein.
Wilhelm Gehring, Schweinehändler.

Am billigsten und
preiswertesten kauft man

Schuhe aller Art Anzugstoffe, Kleiderstoffe Aussteuerartikel, Wäsche aller Art im Schuh- und Wäscheverkauf der Freien Ge- werkschaften Pforzheim, Klostermühlgasse 1.

Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager in
obigen Artikeln, außerd. in Seifen, Kerzen,
neu eingetroffen prima Mantelstoff, 140 cm
breit, M. 90.—, auß. günst. Gelegen-
heitskauf, Goldschmieds-blusen,
Polleisenhürzen, Brett-
schürzen, Straßen-,
Arbeits- u. Haus-
Schuhe

für Herren, Damen und Kinder.
Verkauf an jedermann.

Der Verkauf ist täglich geöffnet von 9—1 Uhr u. von 3—6 Uhr.

Reichsbund Ortsgruppe Calw.

Am Donnerstag, 11. d. M.
Abends 7 1/2 Uhr findet im
Nebenzimmer d. fr. Brauerei
Dreiß

Monatsversammlung,

sowie Verlosung der Pacht-
grundstücke statt. Nur An-
wesende können berücksich-
tigt werden. Der Ausschuss

An soliden Herrn oder
Fräulein 2 gut möblierte

Zimmer

zu vermieten.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle des Blattes.

Fräulein

perfekt i. Maschinenshreiben
bis 15. November

gesucht.

Angebote mit Gehaltsan-
sprüchen unt. W. S. 264 an
die Geschäftsstelle des Blatt.

Militärmantel

zu verkaufen.
Schießberg 308.

Mädchengesuch.

Suche bis 15. Nov. oder
1. Dez. ein

Mädchen

von 16—17 Jahren, nach
Ehlingen. Näheres bei
Bücker Luz, Badstraße.

Dienstboten - Gesuche

haben
in unserem
Blatte (da ja der
größte Teil der Auf-
lage Verbreitung
auf d. Lande
findet)

gewünschten Erfolg!

Samstag, 13. Nov., abends 1/8 Uhr,
im Badischen Hof

Großer Opern- und Operetten-Abend des Karlsruher Streichseptetts

Leitung: Hch. Schaefer

u. a. Carmen :: Faschingsfee :: Troubadour
Schwarzwaldmädel :: Martha etc.

Vorverkauf in der Buchhandlung von E. Kirchner
Nach Schluss des Konzerts für die Konzertteilnehmer

BALL

Calw.

Im Wege der Zwangsvollstreckung kommen am
Samstag, den 13. ds. Mts., vorm. 10 Uhr vor meiner
Kanzlei Salzgasse 62 gegen bare Bezahlung zur Versteigerung:
eine Partie Cigarren und Tabak,
wozu Liebhaber einladet

Gerichtsvollzieher beim Amtsgericht Calw:
Dhngemach.

Für meine Aushilfe (Land-
wirtschafter) suche ich in
gutem Hause

Stelle,

wo sie die feinere Küche
weiter erlernen kann.

Angebote an
Frau Major Pieper,
Lederstr. 112.

Sägmühle- Gesuch!

Kleine Sägmühle (Wasser-
kraft) mit einem Gatter,
möglichst mit Wohnung zu
kaufen gesucht.
Gest. Angebote unter S
R. 262 an die Geschäfts-
stelle des Blattes erbeten.

Oberamts- Vertretung

vergift großzügige Organi-
sation an solbenten Herrn,
für Ein- u. Verkauf. Sichere
Existenz. Dauernder Ver-
dienst. Garantieleistg. 1000 M.
erforderlich. Schriftliche An-
gebote erbeten an
Württ. Verkaufsorgani-
sation Obertürkheim.

Ehrliches, tüchtiges

Mädchen

für Küche und Haushalt
kann sofort eintreten bei
Frau Kaufm. Stegmaier,
Höfen a. E.

Wohltätigkeits-Vorstellung.

Die Bürgergesellschaft Calw bringt auf vielseitiges Verlangen am Donnerstag, den 11. d. Mts. im Bab. Hofe zur öffentlichen Aufführung:

Die Großstadtlust

Schwank in 4 Akten von Schöntal-Kadelburg. Beginn punkt 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. Pre: I. Platz 4 M., II. Platz 3 M., III. Platz und Galerie 2 M.

Der Saal ist gut geheizt. Der Reinertrag ist für die hiesige Kleinkinderschule, deren Kasse an einem chronischen Defizit leidet, bestimmt.

Nummerierte Theaterzettel, die als Eintrittskarten gelten, sind in den hiesigen 3 Buchhandlungen bis Donnerstag abend 6 Uhr und von 7 Uhr an am Saaleingang zu haben. Der Ausschuss.

Hirsau.

Auf morgen Freitag lade ich meine werthe Kundschaft zu einer guten



ein Paul Nonnenmann, zum „Waldborn“.

Unterhosen für Knaben und Herren, Leibhosen für Kinder

empfehlen in allen Größen u. verschiedenen Preislagen

Paul Rächle, vorm. J. Steudle, Calw am Markt.

Auf Puppenköpfe werden rasch

Haar-Perücken gemacht bei

Friseur Obermatt Bahnhofstr. Bitte Bestellungen jetzt schon zu machen.

Chemisch-technische

Artikel

vermittelt zu äußersten Preisen

Müller, Stuttgart-Berg, Bad Leuze.

Fahrnis-Versteigerung.

Unterzeichnet verkauft am Freitag, 12. November, nachmittags 2 Uhr, im Hause des Schreiner Schäfer in der Vorstadt, gegen Barzahlung:

1 Kommode, 1 Tisch, 1 Bettlade mit Koff, 1 älterer Kasten, Sessel und Stühle, 1 Nachttischle, 1 Aufsatz auf 1 Kommode mit Fenster, Leinwand, Küchengerät, 1 Nähmaschine mit Hand- und Fußbetrieb, 1 Filet- und Knüpfapparat sowie allgemeinen Hausrat. Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kofb.

Neue Fahrpläne

für den Oberamtsbezirk

sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 50 Pfg. zu haben.

Schwarze Kleiderstoffe Kleidersamte

empfiehlt

Ernst Schall.

Von der Reise zurück Dr. Blau, Stuttgart Herdweg 14 Spezialarzt für Herz- und Lungenkrankheiten Telefon 1772 Behandlung von Asthmafällen täglich von 9-10 und 3-4 Uhr.

Im Auftrag zu verkaufen:

1 Backofen (Webers Patent); 1 weiß-lackierte eiserne Bettlade, Wasch- und Nachttischle, eintürigen Kleiderkasten, 1 Plüsch-Sofa, 1 Oberbett, 1 eichenen Tisch mit Marmorplatte, 1 eichenen Kinderschreibtisch mit Sessel, 2 Spiegel und 2 Sessel.

Stadtinventierer Kofb.

Hannoveraner Läufer Schweine.

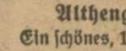


Zu jeder Zeit treffen bei mir große Sendungen Hannoveraner Läufer Schweine bester Rasse aus feuchter Gegend ein. Ich verschicke ab Station Lustadt nach jeder Bahnstation Läufer Schweine in der Preislage von 300 bis 600 Mk. und größere Läufer Schweine von 600 bis 1000 Mk. und höher das Stück, je nach Größe, gegen Nachnahme. Die Tiere werden hier amtstierärztlich untersucht. Für lebende Ankunft wird garantiert. Ein Versuch führt zu regelmäßiger Nachbestellung. Adam Eingenfelder, Schweinehdlg., Lustadt (Pfalz). Telefon 9 Amt Lustadt.

Hühner

(1920er) sucht zu kaufen Albert Wohlleber, zum Lamm, Liebenzell.

Zwei gute Milch-Ziegen (reifarbig u. hornlos) zu kaufen Karl Bohn, Stammheim.



Althengstett Ein schönes, 1 1/2 Jahre alt. Zucht-Rind

jetzt dem Verkauf aus Fritz Straile, Maurer.

Weltenschwann. Einen starken Zug-Ochsen



hat zu verkaufen Martin Reck.

Hanf u. Abweg zum Spinnen u. Weben nimmt entgegen die Agentur: Fr. Lamparter, Calw a. Markt.

Eine Schnapsbrennerei zu kaufen gesucht! Best. Angebote unter Sch. E. 260 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Einen 1 1/2 jährigen, zur Zucht nicht tauglichen Ziegenbock

verkauft Bahnwärter Bächlein.

Zugleich erinnere ich die Ziegenzüchter, daß für den Ersatz vorhanden ist Der Obige.

Phorosan-Heilinstitut

für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Bfrozheim, Göthestr. 37 I.

Ärztliche Leitung: Dr. med. v. Asten.

Schmerz. Behandlung d. Gonorrhoe nach d. neuen Phorosan-Verfahren. Heil. ohne Berufsstörung in kürzester Zeit möglich. Syphilisbehandlung, Blutuntersuchungen, Behandlung sämtlicher Hauterkrankungen, wie Bartflechten usw. Sprechstunden: Werktags 11-6 Uhr, Sonntags 10-1 Uhr. Donnerstag keine Sprechstunde.

Walla-Purin entfernt bald Mieser, Sommerpr. u. verleiht dem Antlig Jüngendfrische u. schützt v. frühzeitig. Altern, à 6 Mk. Neue Apotheke Th. Hartmann.

Stolze-Schren

Herren und Damen unseres Systems werden höf. und dringend gebeten, mir alsbald ihre genaue Adresse mitzutellen.

S. Noerdlinger, Ludwigsburg, Osterholzallee 22.

Die Bleichwaren können abgeholt werden bei

Geschw. Deuschle, Leberstraße.

Maismehl beste Qualität empfiehlt billigt

Otto Jung.

Etwa 20 Zentner Angersfen

gibt ab L. Luz, Neuhengstett.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 13. Novemb. 1920, stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Bären“ in Stammheim freundlichst einzuladen.

Otto Ruf, Sohn des Gottlieb Ruf, Schaffner in Calw.

Anna Kirchherr, Tochter d. Sak. Kirchherr, Zimmermann in Stammheim Kirchgang 12 Uhr in Stammheim.

Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Zwerenberg - Röttenbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 13. Novemb. 1920, stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Röttenbach freundlichst einzuladen.

Gottfried Waidelich, Sohn des Gottfried Waidelich, Bauer in Zwerenberg Katharine Kugele, Tochter des Adam Kugele, Bauer in Röttenbach. Kirchgang 1/2 12 Uhr in Röttenbach.

Wir bitten dies statt besonderer Einladung entgegenzunehmen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte, zu unserer am Samstag, den 13. Nov. 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Waldborn“ in Hirsau freundlichst einzuladen.

Gottlieb Rathfelder, Flaschner, Sohn des Gg. Rathfelder, Gemeindepfleger in Ottenbronn.

Luise Weber, Pflgetochter des Friedrich Holzäpfel, Flaschnerstr. in Hirsau.

Kirchgang um 1 Uhr in Hirsau.

Schurzzeuge Kleiderzeuge Bettzeuge

in guten Qualitäten und günstigen Preisen empfiehlt

Paul Rächle, vorm. J. Steudle, Calw am Markt.

Gärtringen.

Morgen Freitag und Samstag habe ich einen Transport

erstklassige 4- und 5jährige



Arbeits-Pferde

in meiner Stallung zum Verkauf stehen, wozu ich Kauf- u. Tauschliebhaber freundlichst einlade

Hermann Wolf, Telefon Nr. 3.